

Auszug aus der Niederschrift über die 04. Sitzung der Bürgerschaft am 14.11.2024

Zu TOP: 9.5

Kostenfreies Vorschulticket - Regelungslücke schließen

Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion

Vorlage: AN 0123/2024

Herr Bauschke begründet den Antrag ausführlich mit dem Schließen einer derzeitigen Regelungslücke. Der betreffende Personenkreis ist überschaubar. Er geht davon aus, dass sich der finanzielle Aufwand im höheren vierstelligen oder im niedrigen fünfstelligen Bereich bewegt. Der Fraktion CDU/FDP ist die aktuelle Haushaltslage durchaus bewusst. Dennoch sollte sich die Bürgerschaft im Interesse der Kinder dem Anliegen annehmen. Herr Bauschke wirbt vor dem Hintergrund der Gleichbehandlung dafür, dem Antrag zuzustimmen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei hält Herr Suhr den Antrag für nachvollziehbar. Daher wird seine Fraktion diesem zustimmen.

Für die Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit teilt Frau Ehlert mit, dass dem Antrag gefolgt wird, um die bestehende Regelungslücke zu schließen. Sie berichtet zur Thematik aus ihrer eigenen beruflichen Praxis.

Frau Graf merkt für die Fraktion AfD an, dass das Anliegen des Antrags nachvollziehbar und richtig ist. In Anbetracht der derzeitigen Haushaltslage wird ihre Fraktion den Antrag jedoch ablehnen.

Für die Fraktion DIE LINKE. erklärt Herr Quintana Schmidt die Zustimmung zum Antrag. Er kritisiert die Ansicht der Fraktion AfD, den Haushalt auf Kosten der Kinder zu sanieren.

Der Präsident lässt über den Antrag AN 0123/2024 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Verhandlungen mit der VVR des Landkreises Vorpommern-Rügen zu führen, um ab dem Schuljahr 2025/26 das Busfahren auch für Vorschulkinder kostenfrei zu gestalten. Die hierfür notwendigen Haushaltsmittel sollen in den kommenden Haushaltsplanungen berücksichtigt werden.

Bei der Einführung soll weiterhin ein Antragsverfahren analog zu den Schülertickets geprüft werden, um hier ein möglichst einheitliches Verfahren anzustreben.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2024-VIII-04-0047

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 29.11.2024